

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Geschäfts- und Verbandsmitglieder kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsmitglieder werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: J. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bottum, Bismarckstraße 38-42. Telefon-Nr. 98 u. 89. Telegr.-Adr.: Altkreis Bottum.

Bergarbeiterschutz und Landtag.

Der preussische Landtag hatte sich am 17. d. Mts. mit einer Angelegenheit zu beschäftigen, die im engen Zusammenhang steht mit den dringlichsten Fragen des Bergarbeiterschutzes. Es handelte sich nämlich um eine Petition des Vereins der Wettermänner im hiesigen Saargebiet, andererseits Wetterkontrollen, Vorfahrer, auch Feuerleute genannt. Diese Kameraden verlangten bereits in einer vom 6. Februar 1914 datierten Petition: Erhöhung und Gleichstellung der Löhne, Aufhebung in eine höhere Pensionsklasse. Ueber diese Petition ging die Handels- und Gewerbe-Kommission des Landtages und seine Vollversammlung (Plenum) „zur Tagesordnung“ über, beachtete sie also gar nicht. Sodann fanden die Wettermänner am 7. Februar 1916 eine Ergänzungspetition, in welcher sie noch wünschten: Aufhebung in die Wetterkommission (bergamtliche Kommission für Untersuchung der Schlagwetter und ihrer Gefahren), ferner Verkürzung der Schichtzeit. Die Handels- und Gewerbe-Kommission verhandelte über die Petition erst am 12. Dezember 1916, und erst am 17. Oktober 1917 nahm das Plenum zu der Petition Stellung! In der Kommission war nur „Ueberweisung an die Regierung als Material“ beschlossen worden. Das Kommissionsmitglied Hue hatte beantragt, die Petition der Regierung „zur Verurteilung“ (die beste Form für die Petenten) zu überweisen, blieb aber damit in der Minderheit.

Anzusehen war bald wieder ein Jahr vergangen, die Verhältnisse haben mancherlei Veränderung erfahren. Zu der Beratung der Petition im Plenum am 17. d. Mts. hatten die Abgeordneten Braun, Sachlich, Dirich, Hue und Leinert den Antrag, aus der Petition den Wunsch: Aufhebung in eine höhere Pensionsklasse, der Regierung „als Material“, die Wünsche: Schichtverkürzung und Aufhebung zur Wetterkommission, „zur Erwägung“, den Wunsch: Erhöhung und Gleichstellung der Löhne, „zur Verurteilung“ zu überweisen.

Diesen Verbesserungsantrag begründete Hue in einer Rede, welche wir folgend nach dem amtlichen stenogramm wiedergeben:

Hue, Abg. (Soz.-Dem.): Meine Herren! Ich habe Sie, auch als Mitglied der Kommission für Handel und Gewerbe, zu bitten, den von meinen politischen Freunden gestellten Änderungsantrag anzunehmen. Ich nehme an, daß eine große Anzahl der Herren im Hause vorhanden ist, die von der Tätigkeit und Bedeutung der Wettermänner nur eine recht schwache Ahnung besitzen. Sie gestalten mir daher, wenn ich mit einigen Worten die Tätigkeit und Bedeutung dieser Leute skizzen möchte:

Die Wettermänner oder Wetterkontrollen sind von der Arbeitsverwaltung angeordnet, in diesem Falle im hiesigen Saargebiet, zwecks Untersuchung der unterirdischen Betriebsbedingungen auf vorkommende explosive Gase. Sie müssen also durchaus mit den Bergbauverhältnissen erfahren, es müssen gewissenhafte, zuverlässige Leute sein, weil von ihrer gewissenhaften Pflichterfüllung zahlreiche Menschenleben und unter Umständen ungeheure Vermögenswerte, in diesem Falle also Staatsvermögen, abhängen. Infolgedessen werden zu Wettermännern durchweg erfahrene Bergarbeiter, zuverlässige, geschulte Leute herangezogen. Es sind das nicht etwa, wie in der Kommission gesagt werden ist, beliebige Personen, vielmehr gar halb inaktive Arbeiter, sondern Leute, die, wie man zu sagen pflegt, in den besten Lebensjahren stehen.

Im Sommer dieses Jahres, als ich Gelegenheit nahm, mich im Saargebiet aus Grund der Angaben in der Petition, mit den Verhältnissen dieser Wettermänner zu befassen, habe ich festgestellt, daß fast 70 Prozent dieser Leute unter 50 Jahre und 43 Prozent von ihnen bis 45 Jahre alt sind. Man kann sie nicht als minderwertige, halb inaktive Arbeiter bezeichnen. Das ist schon wegen der ganz besonders verantwortungsvollen Leistungen unmöglich, die von den Leuten verlangt werden.

Meine Herren! Die Wettermänner haben die Verpflichtung, schon um 3 Uhr nachts anzufahren. Von 3 bis 6 Uhr müssen sie die Kontrolle der unterirdischen Leute vornehmen. Sie fahren dann aus und erledigen über den Befund den Betriebsbeamten Bericht. Dann fahren sie um 6 Uhr mit der Leuchtmaschine wieder ein und abgeben ihre Schicht als Reparaturarbeiter, Schichtmeister usw., bis 2 1/2 Uhr, so daß die Leute also von nachts 3 Uhr bis nachmittags 2 1/2 Uhr, das sind

11 1/2 Stunden, im Werkdienste sind. Es ist in der Kommission gesagt worden, es sei nach der ersten Aufahrt, nach der Kontrolle, eine Erholungszeit üblich. Ich kann Ihnen aus genauer Erkundigung erklären, daß diese Annahme unrichtig ist, wenigstens in der Regel; denn die Leute haben, wenn sie nach ihrer Kontrolle ausfahren, Bericht zu erstatten über den Befund; sie haben ferner die Vorrichtungen zu treffen, die zur neuen Schicht notwendig sind. Von einer Erholungszeit — ich drücke mich vorsichtig aus — ist in der Regel keine Rede. Infolgedessen sind diese Leute in der Regel ununterbrochen 11 1/2 Stunden im Werkdienst. Darum, meine Herren, ist es sehr erklärlich, daß diese Leute eine Verkürzung ihrer Arbeitszeit wünschen. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Arbeitszeit der übrigen unterirdischen Arbeiter 8 1/2 Stunden beträgt. Die Wettermänner hingegen, die eine so überaus bedeutungsvolle und verantwortliche Tätigkeit ausüben müssen, sind 11 1/2 Stunden regelmäßig im Werkdienst tätig, fast nur ununterbrochen. (Hört, hört! bei den Soz.-Dem.)

Meine Herren! Die Leute wünschen in erster Linie eine

Gleichstellung im Lohne mit den Hauern und überhaupt eine Gleichstellung der Löhne miteinander. Sodann einen halben Schichtlohn für die Kontrollzeit. Wenn ich Ihnen nun gesagt habe, meine Herren, welche außerordentlich verantwortungsvolle Tätigkeit diese Leute ausüben, daß von ihrer gewissenhaften Pflichterfüllung die Erhaltung vieler Menschenleben und ganz unbeschreiblicher Vermögenswerte des Staates abhängt, so werden Sie mir, glaube ich, auch zustimmen, wenn ich sage, daß die Leute für diese sehr verantwortungsvolle Tätigkeit eine entsprechende Vergütung haben müssen. (Sehr richtig! bei den Soz.-Dem.)

Wie steht es nun damit? Die Wettermänner bekommen für ihre Kontrolle, die nachts um 3 Uhr beginnt und um 6 Uhr, intensive Verdienstsicherung, bezahlt ist — so habe ich im Sommer festgestellt — durchweg nur einen Lohn von 2 Mark, also nicht mehr den Lohn, von dem ich in der Petition die Rede ist. Für die 8 1/2 Stunden, in denen sie höher als Schichtmeister, Reparaturarbeiter usw. beschäftigt werden, erhalten sie einen Lohn von 5,00 bis 8,00 Mark, so daß sie einschließlich des Lohnes für die Kontrollzeit einen

Gesamtlohn von 7,90 bis 8,90 Mark erhalten. Das war im August bzw. September der Fall und stimmt mit dem, was in der Petition steht, nicht mehr überein. Die Leute wünschen, in ihrem Lohn mit den bestbezahlten Hauern gleichgestellt zu werden, für die Kontrollzeit einen halben Schichtlohn. Das ist durchaus gerechtfertigt. (Sehr richtig! bei den Soz.-Dem.)

Wenn die Angaben in der Petition nun veraltet sind, so rüht das daher, weil die Petitionen hier im Hause so lange zurückgestellt werden, daß dadurch eigentlich das Petitionsrecht der preussischen Staatsbürger und -bürgerinnen fast illusorisch gemacht wird. (Sehr richtig! bei den Soz.-Dem.)

Ferner möchte ich darauf aufmerksam, daß nach meiner Ermittlung noch eine Differenz von 1 Mark in der Bezahlung der einzelnen Wettermänner vorhanden ist. Die Leute bekommen einen Gesamtlohn für die 11 1/2stündige Arbeitszeit von 7,90 bis 8,90 Mark. In der Kommission ist gesagt worden, diese Differenz schreibe ich daher, weil in den ländlichen Gegenden die niedrigeren Löhne bezahlt würden. Nach meinen Feststellungen trifft das nicht zu. Ich habe im Gegenteil festgestellt können, daß die niedrigsten Gesamtgehälter für Wettermänner gerade in den Bezirken Altmühl und Sulzbach, dann in Ostbayern bezahlt werden, und das sind mit die industriellsten Bezirke im ganzen Saargebiet. Mit welchem Recht kann man überhaupt den Arbeitern, die in „ländlichen Gegenden“ wohnen, aber die gleiche Arbeit leisten, wie die anderen, einen geringeren Lohn geben? Das ist doch eine Ungerechtfertigkeit! (Sehr richtig! bei den Soz.-Dem.)

Es kommt doch sonst gar nicht darauf an, wo jemand wohnt, sondern was er leistet. (Sehr richtig! bei den Soz.-Dem.)

Wie würde sich nun, wenn die Leute eine gleiche Entlohnung erhalten wie die besten Hauern, der Lohn stellen? Der Hauerlohn ist seit dem 1. Oktober auf Grund der Bewilligung der obersten Bergverwaltungsstelle im Saargebiet auf durchschnittlich 10,50 Mark, einschließlich des Kinnergeldes, gesetzt worden. Vor dem Kriege betrug der Gesamtlohn der Wettermänner etwa 6,80 Mark. Ihre Löhne waren im Sommer 1917 im Mittel auf 8,40 Mark gestiegen. Wenn nun die Leute ohne Unterschied den Lohn erhielten, der durchschnittlich den Hauern für 8 1/2 Stunden dem Ministerium bewilligt worden ist seit dem 1. Oktober, so würde sich ihr Lohn für 11 1/2 Stunden doch erst auf 10,50 Mark ohne Kinnergeld stellen, was gegen die Vorzugszeit eine Lohnzunahme von etwa 60 Prozent bedeutete. Der berechtigste Wunsch der Wettermänner geht aber dahin, mit den bestbezahlten Hauern im Lohne gleichgestellt zu sein. Das eben beantrage ich zur Verurteilung. Man muß bedenken, daß die Wettermänner herkömmlich tätige Leute mit Gewerbebildung sind. Der Lohn von 10,50 Mark soll aber nur Durchschnittslohn der Hauern sein; eine Anzahl wird mehr haben.

Der gewünschte Lohn ist auch keineswegs zu hoch, denn

die Lebensmittelpreise im Saargebiet sind um nicht weniger als 20 Prozent, nach amtlicher Feststellung, seit dem Kriegsausbruch gestiegen. (Hört, hört! bei den Soz.-Dem.)

Also wenn selbst die Löhne erheblich höher ständen, als jetzt die Hauern bestmöglich bekommen haben, würden sie doch bei der ungeheuren Teuerung nicht ausreichen. (Hört, hört! bei den Soz.-Dem.)

Es ist also durchaus ein unbilliges Verlangen, das die Petenten stellen, sondern ich kann nur den dringenden Wunsch aussprechen, daß das Haus diesen Leuten ihre durchaus billige und begründete Forderung zubilligt.

Meine Herren! Der Herr Minister und der frühere Oberbergshauptmann von Belsen haben am 10. September d. J. in einer Verhandlung mit Arbeitervertretern im Ministerium über die Lohnfrage im Saargebiet ausdrücklich anerkannt, daß die Forderung der Bergarbeiter, dort einen Hauerlohn von durchschnittlich 10,50 Mark zu erhalten, berechtigt sei. In gleicher Weise können wir auch sagen, die Forderung der Wettermänner ist berechtigt, für eine Verdienstsicherung von 11 1/2 Stunden einen entsprechend höheren Lohn zu erhalten. Wenn wir heute 10 Mark nehmen, um einzukaufen, dann bekommen wir dafür so viel wie vor dem Kriege für 3 Mark. Danach ist auch der Lohn der Arbeiter überhaupt nicht nur der der Wettermänner, zu beurteilen. Ich muß daher um die Annahme meines Antrages bitten.

Am 16. September 1917 haben übrigens die Petenten, die Wettermänner im Saargebiet, wieder eine Eingabe an die Bergwerksdirektion gerichtet, in der sie um eine Erhöhung ihrer Löhne bitten, gute Gründe dafür anführen und sich bereit erklären, auch die näheren Umstände in einer Verhandlung zu begründen. Wir müssen mit den inzwischen sehr veränderten Verhältnissen durchaus rechnen. Darum habe ich beantragt, der Königlich-Preussischen Staatsregierung den Teil der Petition, der von der Lohnfrage handelt, zur Verurteilung zu überweisen.

Dann verlangen die Arbeiter, wie ich schon sagte,

eine Verkürzung der Schichtzeit. Sie werden selbst zugeben, daß 11 1/2 Stunden regelmäßige ununterbrochene Arbeitszeit, auch wenn eine halbtägige Erholungszeit üblich wäre, zu lang ist. (Sehr richtig! bei den Soz.-Dem.)

Ich gebe aber auch andererseits zu — die Petition handelt aus der Zeit vor dem Kriege —, daß es augenblicklich eine ganze Reihe sachlicher Schwierigkeiten gibt, die gegen die Durchführung einer Verkürzung der Schichtzeit während des Krieges sprechen. Aber es ist doch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß durch eine Verkürzung der Arbeitszeit mit den Wettermännern eine Anwendung der Schichtzeit herbeigeführt werden kann. Daher beantrage ich, den Teil der Petition, der sich auf die Verkürzung der Schichtzeit bezieht, der Königlich-Preussischen Staatsregierung zur Erwägung zu überweisen.

Ich beantrage ferner, den weiteren Wunsch der Wettermänner, zu den sogenannten Wetterkommissionen zugezogen zu werden, der Königlich-Preussischen Staatsregierung zur Erwägung zu unterbreiten, da ich es für durchaus praktisch halte, wenn sachkundige Betriebsbeamte Arbeiter in die von den Petenten angeführten Kommissionen hineinkommen.

Meine Herren! Wir müssen überhaupt — das möchte ich jetzt auch kurz aussprechen — jedes Mittel ergreifen, das auch nur anscheinend einigmaßen

Verminderung unserer Betriebsunfälle

Erfolg verspricht. (Sehr richtig! bei den Soz.-Dem.) Sie wissen, wie wir zu dem Sicherheitsmangelgefühle gestanden haben und noch stehen; Sie wissen auch, wie wir überhaupt über unsere mangelhaften Bergarbeiter-Sicherheitsmaßnahmen denken. Sie sind während des Krieges nicht verbessert, vielmehr verschlechtert, ganz erheblich verschlechtert worden, aus Gründen, die ich demnach in der Hauptkommission bei der Beratung der Kohlenversorgung des näheren darlegen werde.

Aber, meine Herren, gestatten Sie mir — das ist gerade hier bei der Frage der Tätigkeit der Wettermänner sehr wesentlich —, mit ein paar Zahlen zu zeigen, welche außerordentlichen Verluste an Menschenleben und Arbeitskräften wir während des Krieges im Bergbau erleiden. Nach dem Bericht der Knappschaftsüberwachungsanstalt sind die Unfallzahlen von Verletzten von 35,75 Mark im Jahre 1913 auf 50,61 Mark gestiegen. Wenn von der enormen Belastung der Industrie geteilt wird, dann wollen wir auch nicht vergessen, auf die ganz bedeutende Erhöhung der Unfallkosten hinzuweisen und zu gleicher Zeit zu sagen, daß wir schon seit Jahren und Jahrzehnten eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht haben, die letzten Endes auch darauf hinauszielen, die außerordentlich hohen Unfallkosten, die der Bergbau zu zahlen hat, zu vermindern. Eine ganz enorme Steigerung der Unfallkosten ist gerade durch die enorme Erhöhung der Betriebsunfälle im Bergbau eingetreten. Schwere und tödliche Unfälle, sogenannte

entschädigungspflichtige, kamen im Jahre 1913 pro 1000 Versicherte im deutschen Bergbau 14,98, im Jahre 1916 aber 16,54 vor! Wir hatten tödliche Unfälle im Jahre 1913 auf 1000 Versicherte 2,30, und im Jahre 1916 aber 3,03! Meine Herren! Ich stelle fest, daß wir noch in keinem Vorjahre so

hohe Zahlen an tödlichen und schweren Unfällen im Bergbau gehabt haben, wie im Jahre 1916 (hört, hört! bei den Soz.-Dem.), obwohl wir in diesem Jahre kein großes Massenunglück gehabt haben. (Wiederholtes Hört, hört! bei den Soz.-Dem.) Selbst in den Jahren, wo wir große Massenunglücke hatten, wo Hunderte von Menschen bei einem Unfall zu Tode gekommen sind, hatten wir nicht die hohe Zahl Verwundeter pro 1000 Arbeiter wie im Jahre 1916. (Hört, hört! bei den Soz.-Dem.)

Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen noch zeige, in welcher Weise die einzelnen Bergbauarten an der Unfallsteigerung teilnehmen. Das letzte Friedensjahr und das Jahre 1916 will ich dabei miteinander vergleichen. Im Erzbergbau sind die Todesfälle pro 1000 Versicherte von 1,81 auf 2,01 gestiegen, im Salzbergbau von 2,78 auf 2,87, im Braunkohlenbergbau von 1,61 auf 2,36, im Eisenerzbergbau von 2,34 auf 3,28. Im Saargebiet speziell, warum es sich hier besonders handelt, ist die Zahl der tödlichen Betriebsunfälle pro 1000 Arbeiter von 1,89 auf 2,34 gestiegen, in Obersachsen von 2,71 auf 2,43, und im Ruhrgebiet sogar von 2,59 auf 3,83. Wenn wir also diese Zahlen vergleichen im Bergbau gehabt, wie während des Krieges. (Hört, hört! bei den Soz.-Dem.) Wir haben also Veranlassung, eine recht spürbare Minderleistung mit den Menschenleben und Arbeitskräften zu führen. (Sehr richtig! bei den Soz.-Dem.) aber wir sehen keine Menschenökonomie, sondern den Mangelbau mit Menschenleben vor uns.

Meine Herren! Das sind Zustände, die auch tief in unser Wirtschaftslieben eingreifen, und zwar besonders auch in die so

brennend gewordene Frage der Kohlenversorgung.

Ich bin auch wegen dieser ungemein hohen Erhöhung der Unfälle im Bergbau — fast in jeder Woche dieses Jahres betamen wir eine Mitteilung von einem erheblichen Unglück im Bergbau, so am letzten Montag von der Zeche Adenbach bei Dortmund, mit mindestens 17 Toten — gegen die Aushebung der Wahlen von Sicherheitsmännern und Betriebsausschüssen, was uns gestern von Regierungsseite vorgeschlagen wurde, eben weil ich jedes Mittel benutzen möchte, welches nur irgend wie geeignet erscheint, die durch ihre Erhöhung der Zahl der Betriebsunfälle im Bergbau zu vermindern. Ich werde die Gründe für meine Haltung und die Ursachen für die Unfallsteigerung im einzelnen in der Hauptkommission bei der Erwägung der Kohlenverfügungsfrage noch näher darlegen.

Die Organe der Betriebskontrolle, mögen sie nun rein behördlicher Natur sein, oder mag es sich um Sicherheitsmänner, Wettermänner handeln, müssen wir vermehren und veranlassen, möglichst mit Rücksicht auf die große Zahl von völlig ungeübten, völlig betriebsfremden Arbeitern, die wir heute im Bergbau haben. Die Zustände sind ganz unheimlich geworden. Darum bitte ich, meinen Antrag zu der Petition der Wettermänner anzunehmen. Aus dem Lande kommen uns Hilferufe lautester Art über den Kohlenmangel; die Verflechtung (sagt nach der notwendigen Kohlenversorgung). Die müssen wir erleben, daß aus Mangel an geschulten notwendigen Betriebskontrollen die Zahl der Bergarbeiter, also der Arbeitskräfte im Bergbau, durch eine Vermehrung von Betriebsunfällen in einer ganz außerordentlichen Weise noch begrenzt wird. Das hängt mit unserer Kohlenversorgung so eng zusammen, daß ich die Herren des Hauses ganz ausdrücklich darauf aufmerksam machen möchte.

Ich bitte Sie deshalb, nehmen Sie meinen Antrag an. Ich will mich dahin zusammenfassen: Ich beantrage bezüglich der Lohnfrage Verurteilung der Wünsche der Wettermänner; ich beantrage dies auch deswegen, um die

Arbeiter bei ihrer Arbeitsfreudigkeit zu erhalten.

um sie für ihren schweren und verantwortungsvollen Beruf leistungsfähig zu machen. Es ist ein ganz wesentliches Moment, die seelische Stimmung der Arbeiterkraft heute so zu haben, daß sie nicht aus Unmut, aus Ueberdruß über ungerechte Behandlung, schlechte Bezahlung und dergleichen, mühsam in ihrer Pflichterfüllung werden. Es sind auch nur Menschen, so gut wie wir. Dann beantrage ich, den Punkt „Schichtverkürzung und Aufhebung zur Wetterkommission“ der Regierung zur Erwägung zu überweisen, weil ich die Hoffnung habe, daß bei einer sachgemäßen Aussprache mit den maßgebenden Personen auch ein Uebereinkommen getroffen werden kann, welches beiden Teilen nach Lage der jetzigen außerordentlich schwierigen Verhältnisse gerecht wird. Ich beantrage deshalb die Ueberweisung des Punktes „Heraufhebung in eine höhere Pensionsklasse“ — das wünschen die Wettermänner auch — als Material. Dieser Punkt läßt sich wohl erfüllen durch eine Änderung des Knappschaftsstatuts. Wenn die Regierung den Punkt als Material überweisen bekommt, dann haben auch die Vertreter der Knappschaftsstatute in Saarbrücken Gelegenheit, vorzutragen auf dieses Material zurückzugreifen und die Wünsche der Arbeiter, je nachdem es möglich ist, zu erfüllen. Ich bitte Sie also, nehmen Sie meinen Antrag an. Die Beratungen der Petitionskommission haben unter ganz anderen Verhältnissen stattgefunden, als wir sie heute haben; die Verhältnisse haben sich sehr geändert — ich werde darüber noch eingehend in der Hauptkommission des Landtages sprechen —, so daß wir vor völlig neuen Tatsachen gestellt sind. Diesen Tatsachen werden Sie Rechnung tragen, indem Sie meinen Antrag, den ich nach der Möglichkeit, der Verwirklichung der Petitionswünsche, wie sie mir vorsteht, abgestuft habe, nun einstimmig annehmen. (Wohl!)

In der Diskussion erklärte sich der Abgeordnete Bruck (Zentrum) gegen den Verbesserungsantrag. Die Kommission habe Ueberweisung als Material beschlossen und dieser Beschluß genüge auch jetzt noch.

Oberbergshauptmann Althaus (der Nachfolger v. Belsen) erklärte, die von Hue genannten Lohnzahlen seien überholt. Seit dem ersten Oktober betrage der Schichtlohn der Wettermänner 11,28 Mark. (Auf eine direkte Frage Hue's antwortete der Oberbergshauptmann, der genannte Lohn verstehe sich ausschließlich Kinnergeld!) Die Wetterkommission bestimme nicht mehr. Eine Schichtverkürzung sei zwar wünschenswert, ließe sich aber jetzt nicht durchführen. Uebrigens sei die Tätigkeit der Wettermänner keine besonders anstrengende, in der gewöhnlichen Schicht würden die Leute meist mit leichten Arbeiten betraut. Der Kosten eines Wettermannes sei sehr begehrt, es müßten sich dazu viele Veranlassungen

Abgeordneter Bogelsang (Zentrum) sprach sich auch für den Kommissionsantrag aus. Nachdem regierungsseitig die Lohnfrage geklärt sei, brauche die Petition nicht zur Verurteilung empfohlen werden. Hinter der Forderung: Aufhebung in eine höhere Pensionsklasse, stehe der Wunsch der Wettermänner, Pensionsqualifikation zu erhalten. Dagegen müsse vom Arbeiterstandpunkt gesprochen werden, die Wettermänner müßten Arbeiter sein. Die Annahme des Antrages Braun und Genossen sei nicht zu empfehlen.

Abgeordneter Hue erklärte noch, gewiß seien die angegebenen Lohnzahlen überholt, aber das komme daher, daß der Landtag die

